

Der Oberbürgermeister



Stadt Köln

Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax : (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 18.11.2013

Auszug aus der Niederschrift der 37. Sitzung des Verkehrsausschusses vom 05.11.2013

öffentlich

4.2 Lkw-Führungskonzept 2012 1460/2012

RM dos Santos Herrmann führt seitens der SPD-Fraktion aus, dass die Grundlage für den heutigen Beschluss noch nicht wirklich „sattelfest“ sei. Dennoch erhoffe sie sich auch aufgrund der modernen Kommunikationsmittel wie Navigationsgeräte u.Ä. eine gewisse Lenkungswirkung, die gut und richtig für die Stadt sei. Wichtig sei zudem, den Effekt zu erzielen, dass die Lkw-Verkehre, die ihr Ziel in Köln haben, dieses Ziel auch möglichst zügig erreichen, jedoch ohne die Wohngebiete und Nebenstraßen unnötig zu belasten. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung sei durchaus richtig, sollte jedoch um die folgenden zwei Aspekte ergänzt werden:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenhang mit den zuständigen Stellen des Landes ein intuitives Leitsystem mit entsprechender Beschilderung für LKW-Verkehre aufzubauen, um Zielverkehre auf dem kürzest möglichen Weg von der Autobahn zum Ziel in der Stadt zu führen (Beispiel: Dresden).

Durchgangsverkehre, also Verkehre, die weder in Köln starten noch enden, sollen verboten werden (Beispiel: München).“

Für die CDU-Fraktion teilt RM Möring die grundsätzliche Skepsis seiner Vorrednerin. Die Idee, sich an Dresden zu orientieren, sei vom Grundsatz her durchaus sehr interessiert, wenngleich er gewisse Zweifel habe. Zudem sei dies ein nicht unerhebliches Konzept, in das sicherlich zwei weitere Jahre Arbeit investiert werden müsse. Aus seiner Sicht sollte dies getrennt voneinander gesehen werden.

RM Tull schließt sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weitgehend den Ausführungen von Frau dos Santos Herrmann an. An Herr Möring gerichtet verdeutlicht sie, dass ihre Intention sei, den Ziel- und Quellverkehr so zu steuern, dass dieser

nicht durch die Innenstadt fahre und zudem den Abkürzungsverkehr aus Köln herauszuhalten. Sie erinnert in diesem Zusammenhang auch an die vielen Vorfälle an der sogenannten „Idiotenbrücke“. Dieser Durchgangsverkehr, der in Köln nichts zu suchen haben, erhöhe nicht nur die Lärm- und Luftbelastung sondern mache auch die Straßen und Brücken im Stadtgebiet kaputt. Hier müsse ggf. auch der Gesetzgeber aktiv werden.

Seitens der FDP-Fraktion gibt RM Kirchmeyer ihre Enthaltung bekannt. Hier würden Reglementierungen erlassen, die weitestgehend gar nicht kontrolliert werden können und somit quasi nutzlos seien.

RM Noack weist darauf hin, dass im Konzept Straßen enthalten seien, die voraussichtlich in den nächsten 30 Jahren nicht gebaut werden wie beispielsweise die Querspange vom Merheimer Kreuz auf den Mauspfad. Er plädiere daher dafür, dass in das Konzept nur noch Straßen aufgenommen werden, für die bereits ein Planfeststellungsverfahren oder ein B-Planverfahren erfolgt sei.

Abschließend stellt Ausschussvorsitzender Waddey den Prüfauftrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung.

I. Abstimmung über die seitens der SPD vorgeschlagene Ergänzung des Beschlussvorschlages

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenhang mit den zuständigen Stellen des Landes ein intuitives Leitsystem mit entsprechender Beschilderung für LKW-Verkehre aufzubauen, um Zielverkehre auf dem kürzest möglichen Weg von der Autobahn zum Ziel in der Stadt zu führen (Beispiel: Dresden).

Durchgangsverkehre, also Verkehre, die weder in Köln starten noch enden, sollen verboten werden (Beispiel: München).

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen von SPD und Grünen - gegen die Stimmen der CDU und bei Enthaltung der FDP - mehrheitlich zugestimmt.

II. Abstimmung über die so geänderte Vorlage

Erweiterter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Untersuchungsergebnisse zum Lkw-Führungskonzept zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die vorgeschlagene Beschlussvariante aus Anlage 10 weiter zu verfolgen. Der Beschlussvorschlag setzt sich zusammen aus den Varianten 1 und 3 und Teilmaßnahmen der Variante 2.

Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, das Konzept mit den Kölner Nachbargemeinden abzustimmen und Verhandlungen mit den Herstellern von Navigationssoftware zur Übernahme der Lkw-Daten ins Navigationssystem zu führen.

Die Verwaltung wird beauftragt, beim Bundesgesetzgeber über den Deutschen Städtetag die Einführung einer Lkw-Durchfahrtsverbotszone anzuregen.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenhang mit den zuständigen Stellen des Landes ein intuitives Leitsystem mit entsprechender Beschilderung

für LKW-Verkehre aufzubauen, um Zielverkehre auf dem kürzest möglichen Weg von der Autobahn zum Ziel in der Stadt zu führen (Beispiel: Dresden).

Durchgangsverkehre, also Verkehre, die weder in Köln starten noch enden, sollen verboten werden (Beispiel: München).

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen von SPD und Grünen – bei Enthaltung von CDU und FDP - einstimmig zugestimmt

Durchfahrtsverbot
für Lkw > 7,5 t

